

Brauereiarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbands deutscher Brauereiarbeiter u. verw. Berufsgenossen.

Erscheint wöchentlich freitags. Redaktionschluss Dienstag früh 8 Uhr.
Druck von Meißner & Co., Hannover.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Fr. Fries, Hannover.
Redaktion und Expedition: Hannover, Münzstraße 9, III.

Bezugspreis: 2,10 M. pro Quartal, unter Kreuzband 2,70 M.
Inzerate: die sechsgepaltene Kolonialspeise 10 S., für 100 S.

Nr. 2.

Hannover, 11. Januar 1907.

17. Jahrg.

Zur Reichstagswahl.

Wieder einmal rückt der Tag heran, an dem die Arbeiterklasse ihr Urteil abzugeben Gelegenheit und die Pflicht hat, wie sie über die gesetzgeberischen Maßnahmen und die Versuche der Regierung und der sie unterstützenden Mehrheitsparteien des Reichstages denkt; wo sie Gelegenheit und es in der Hand hat, durch Wahl solcher Männer, die die Arbeiterinteressen in jeder Beziehung vertreten, die Gesetzgebung in ihrem Sinne, in ihrem Interesse zu beeinflussen. Von einem großen Teil der Arbeiter ist bei früheren Wahlen zum Reichstag pflichtvergessen gegen sich selbst gehandelt worden, teils weil sie der Wahl fern blieben, mehr aber noch, weil sie Männern ihre Stimme gaben, die ihre Interessen nicht vertreten, sondern ihr Vertrauen mißbraucht haben. Die letzten Jahre waren sehr lehrreich auch für diese jämlichen und schlecht beratenden Arbeiterwähler: die durch die Zoll- und Steuerpolitik verursachten Schädigungen der Arbeiterklasse, die unerhörte Teuerung als Folge dieser Politik, wodurch den Arbeitern das wieder entzogen wurde, was sie sich durch ihre Organisationen an Lohnerhöhung erkämpft hatten, wenn ihnen letzteres überhaupt möglich war; die Erschwerung der Verbesserung ihrer Verhältnisse zum Ausgleich der ihnen auf dem Wege der Gesetzgebung auferlegten Lasten; ferner die Ausperrungen Tausender und Zehntausender Arbeiter seitens der „Herren im Hause“ wegen geringer Forderungen oder wenn die Arbeiter sich ihre gesetzlichen Rechte nicht nehmen lassen wollten; die Bestrebungen der Regierung zur Knebelung der gemeinschaftlichen Organisationen durch die Gesetzesvorlage betr. die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine; die unerhörten Urteile der Justiz gegen Arbeiter wegen Bagatellden, die behördlichen Schikanierungen der Arbeiter bei Ausübung ihres ihnen gesetzlich zustehenden Rechtes und so vieles mehr — alles dieses hat in manchen bisher dunklen Arbeiterköpfen Licht gebracht, hat sie gelehrt, zu erkennen, wie man mit ihnen verfährt, wer ihre Interessen vertreten, wer sie geschädigt und verraten hat, und sie werden den Tag der Reichstagswahl als Tag der Vergeltung begrüßen.

Aber noch viele tappen im Dunkeln, lassen sich durch Versprechungen vor der Wahl, die nach der Wahl nie gehalten werden, betören, gegen ihre eigenen Interessen zu handeln; und diese zu belehren, ihr Wahlrecht richtig ausüben zu lernen, ist Aufgabe der organisierten Arbeiter und deren Presse, liegt im Interesse der gesamten Arbeiterklasse.

„Ueber den Fleischwucher wird bei den Reichstagswahlen im Jahre 1908 zu Gericht geseffen“, war die Meinung der Arbeiterklasse, als die Regierung angeht die unerschöpfte Ausplünderung des Volkes durch Zölle und Agrarier nicht zur Aenderung des unhaltbaren Zustandes tat und auf die Interpellation im Reichstag wegen der Fleischsteuerung durch den Grafen Posadowsky antwortete, daß von einer weiteren Oeffnung der Grenzen zur Vieh- und Fleischzufuhr und Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle keine Rede sein könne.

Es kam anders. Am 13. Dezember wurde der Reichstag aufgelöst, weil die Regierung mit der allezeit bewilligungsfähigen „Regierungspartei“, dem Zentrum, über Forderungen zum Kolonialkrieg nicht einig werden konnte. Unsere Ansicht ist, es war dieses beiderseits ein erwünschter Grund; auf Seiten des Zentrums zur Opposition, auf Seiten der Regierung zur Auflösung; die beiderseitigen Wünsche deckten sich. Beide, Regierung wie Zentrum, drücken genug Sünden, begangen an dem arbeitenden Volke, den minderbemittelten Klassen. Die Folgen der Zoll- und Steuerpolitik, die die Regierung mit Hilfe des Zentrums durchführte und nur mit Hilfe des Zentrums durchführen konnte, machen sich mit der Länge der Zeit in immer größerer Unzufriedenheit der minderbemittelten Klassen kund, und das Zentrum als Hauptschuldiger muß bei der Reichstagswahl mit diesen rechnen. Da hielt man es wohl für besser, die Wahlen schon 1 1/2 Jahre früher vorzunehmen. Sicher spekuliert man auch beiderseits auf die gegenwärtige günstige Lage des Arbeitsmarktes — wenn man sich dabei auch verspekuliert — von der man eine Minderung der Unzufriedenheit erhofft, wogegen man nicht wissen konnte, ob im Jahre 1908 nicht die wirtschaftliche Krise schon eingesetzt und die Unzufriedenheit mit der Regierung- und Zentrums politik noch bedeutend vergrößert und allgemeiner gemacht hätte. Und jetzt hatte man doch eine „Empfehlung“ an die Wähler sich geschaffen: Die Regierung mit dem Appell an den Kolonialpatriotismus der Nationalpatrioten, für des „Reiches Ehre und Machtstellung“ einzutreten, das Zentrum in seiner „erhabenen“ Position als Mitverteidiger des Subjektrechts des Reichstages, der verfassungsmäßigen Rechte der Volksvertretung. Mit diesem „Glorienschein“ ums Haus tritt das Zentrum vor die Wähler und glaubt, daß ihm, dem alten Sünden, die ganzen Sünden wider das arbeitende Volk vergessen sein werden. Aber der Glorienschein ist nicht echt; im Jahre 1902, auch am 13. Dezember, da rief das Zentrum auf die Rechte der Volksvertretung; als unter Bruch der Geschäftsordnung und Vergewaltigung der Minderheit des Reichstages der Zolltarif durchgebracht, dieser Maßnahme

auf die Taschen des arbeitenden Volkes durchgeführt wurde, da war das Zentrum der Führer.

Die jetzige Opposition des Zentrums gegen die Regierung ist nichts weiter als ein kleiner häuslicher Zank; man kennt sich. Und wenn man das Mandat auf 5 Jahre wieder in der Tasche hat, dann ist die Zentrumspartei wieder so regierungsfähig und bewilligungseifrig wie zuvor, und auch bereit, die Lasten den Minderbemittelten aufzuerlegen. Erklärte doch nach der Reichstagsauflösung die „Germania“, das führende Zentrumsorgan, daß die Differenzen nur formeller Natur waren und das Zentrum selbstverständlich „auch die Staatsüberzählung“ würde. Wozu also der Kampf um 9 Millionen Mark, die das Zentrum von den Regierungsforderungen abstrich, wenn es Staatsüberschreitungen doch decken würde, und wenn es schon ca. 1000 Millionen Mark im Laufe der Jahre für koloniale Zwecke bewilligt hat, und für die Soldaten, die es aus Südwestafrika zurückzuführen verlangte, Polizeitruppen bewilligen wollte. Das ganze läuft nur darauf hinaus: für die Regierung, um mit dem Appell an den „Patriotismus“ eine ebenso bewilligungseifrige Mehrheit als im verflochtenen Reichstag zu erhalten, und für das Zentrum, um zur Wahl ein Mäntelchen über die alten Sünden decken zu können, das allerdings recht durchsichtig ist, und um im nächsten Reichstag wieder „Regierungspartei“ zu sein. Wohl hieß es nach der Reichstagsauflösung in den „liberalen“ Parteien: Auf zum Kampf gegen „Schwarze“ und „Rote“, d. h. Zentrum und Sozialdemokratie, die wieder einmal zusammen „staatsfeindlich“ waren, aber das war nur eine vorübergehende Erscheinung. Die Konservativen als Gefinnungsverwandte des Zentrums machten nicht mit, sie haben zur nächsten Wahl schon Bruderschaft geschlossen, und die „liberalen“ werde über ein Kleines auch das bessere Teil erwählen, wenn auch mehr der Not gehorchend als dem eigenen Triebe; zu rechter Zeit sind sich die „Ordnungsparteien“ schon einig zum Kampfe gegen die Sozialdemokratie, die staatsfeindliche Vertreterin der Interessen der Arbeiterklasse. Reichswäler Bülow hat schon seinen Segen dazu gegeben: in seiner von den „liberalen“ erbetenen „Wahlparole“ empfiehlt er zwar den Kampf für Ehr- und Gut der Nation gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Zentrum im Auge zu behalten, aber den Kampf gegen die Sozialdemokratie erklärte er doch voran zu stellen. Mit dem Zentrum wolle er gerne weiter „regieren“, nur eine schwarze Majorität wäre nicht wünschenswert, und sollten die „liberalen“ Parteien so stark zu werden versuchen, daß sie mit den Konservativen und „den national gesinnten Elementen im Zentrum“ von Fall zu Fall eine Bewilligungsmehrheit bilden, wenn das Zentrum sich wieder einmal zieren und mit den Sozialdemokraten gemeinsame Sache machen sollte. Diese „Wahlparole“ stellte der Reichstagskanzler beziehungsweise dem berechtigten Reichsverband zu, dessen Hauptzweck die Bekämpfung der organisierten Arbeiterklasse, auch der christlichen, ist, und zwar mit den niedrigsten Mitteln der Beschimpfung und Verleumdung.

So ist denn der Bund der „Ordnungsparteien“ in der Hauptsache wieder geschlossen, wohl alle haben die Wahlparole: keine Stimme für die Sozialdemokratie, womit sie sagen: keine Stimme für die Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse.

Auch die Arbeiterklasse, soweit sie über den Gang der Dinge orientiert ist, wartet sehnsüchtig darauf, den herrschenden Parteien und der Regierung vermittelst des Stimmzettels ihre Meinung zu sagen, ihnen heimzuzahlen für all die Unbill, die ihr zugefügt wurde. Und sie fühlt auch die Verpflichtung in sich, die noch in Unkenntnis dahinlebenden Arbeitsbrüder über die wahre Sachlage aufzuklären. Es kann der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit durchaus nicht gleichgültig sein, wie der neue Reichstag zusammengesetzt sein wird. Ob er sich erlauben wird, die Arbeiter mit Bucht hausgesetzen zu regalisieren, ihnen das Koalitionsrecht zu beschneiden, ihnen noch mehr Lasten aufzuerlegen, ihnen durch die Steuerpolitik das und noch mehr zu nehmen, was sie sich durch ihre Organisation erkämpft haben, oder ob er sich bemühtig fühlen wird, den noch sehr im Argen liegenden Arbeiterschuh auszubauen, den Arbeitern das Koalitionsrecht voll zu gewähren und zu sichern, die Sozialreform, die schon lange ins Stocken geraten ist, im Interesse der Arbeiter weiterzuführen usw. — das hängt ganz von dem Ausfall der Wahlen, von dem richtigen Gebrauch des Stimmzettels seitens der Arbeiter ab.

Daß ein Arbeiter keinen Konservativen oder Nationalliberalen wählen kann, dürfte nun wohl auch der Dummste begriffen haben. Das sind die Parteien der Kraut- und Schlotzucker, die für jede Schandthat, für jede Enttötung, für jede Belastung der Arbeiter zu jeder Zeit zu haben sind, die Politik auf Kosten der Arbeiter und zum Schaden der Arbeiter treiben. Unter ihnen sitzen die Großagrarier und Generallandbesitzer, die den Arbeitern ein Leben die Lebensmittel verteuern und sie an der Spitze zu Tausenden ausperrten, wenn sie höhere Löhne haben, über die Steuern

ihrer Arbeits- und Lohnverhältnisse mitreden wollen. Und auch das gegenwärtige Reichstagswahlrecht ist in diesen Parteien verfaßt, das man lieber heute als morgen beiseite schieben möchte. Also keine Arbeiterstimme für einen Konservativen oder Nationalliberalen!

Aber wir haben da noch Parteien, die auch die Interessen der Arbeiter zu vertreten vorgeben: das Zentrum und der Freisinn. Sehen wir uns diese einmal etwas näher an. Unter anderem war die Kolonialpolitik bisher ungeheure Summen verschlungen, gegen 1000 Millionen Mark. Das könnte der Arbeiterklasse ja schließlich gleichgültig sein, wenn diejenigen, die es haben, die Wohlhabenden, die Kosten bezahlen würden. Das ist aber nicht der Fall: die Kosten tragen in der Hauptsache die Nichtbesitzenden, die arbeitenden Klassen, in Form von indirekten Steuern und Zöllen. Im Zöllen und Verbrauchsabgaben, die im Jahre 1907 806 Millionen Mark einbrachten, sind für das Jahr 1907 967 Millionen Mark veranschlagt. Das sind die indirekten Steuern noch nicht alle. Ferner kommt aber noch hinzu der Preisanschlag der Lebensmittel und Gebrauchsgüter infolge der Zollpolitik der herrschenden Parteien im Reichstag. Die „Arbeitsmarktkorrespondenz“ berechnet, daß eine vierköpfige Familie wegen der Lebensmittelverteuerung im Jahre 1906 über 133 Mark mehr ausgeben mußte wie im Jahre 1900, wenn sie die gleiche Nahrung genießen wollte. Daß dieses zutrifft, wissen die Arbeiter am besten. Selbst kapitalistische Blätter müssen einen Notstand infolge der Verteuerung der Lebensmittel zugeben. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das Organ der Zechenbesitzer, schrieb am 10. Oktober vorigen Jahres:

„Die Fleischteuerung hat einen Grad erreicht, der ohne schwere Erschütterung nicht unverändert bleiben darf. . . . Kein Billiger wird auch von der Landwirtschaft verlangen, daß sie für andere Berufsstände umsonst arbeiten soll; wir wünschen einen Schutz der Landwirtschaft so gut wie für die Industrie. Allein alle Preissteigerungen müssen eine Grenze haben und es geht nicht an, daß einzelne außerordentlich wichtige Waren so schmerzhaft in die Höhe gehen, besonders wenn es um die Lebensmittel der Ernährung und Lebenshaltung eines über großen Teiles des Volkes geht.“

Das beweist sie durch die Statistik, daß die Steigerung für Fleisch über 40 Prozent beträgt, und erklärt, daß eine Verteuerung eines so notwendigen Nahrungs- und Genußgutes Erregung in weitesten Kreisen hervorruft, und bemerkt am Weiter:

„Die Tatsache, daß die Lebensmittelpreise so stark gestiegen sind, daß die Löhne dieser Steigerung nicht folgen konnten. Das ganze Lohnmehr wird absorbiert durch die Teuerung.“ So . . . kommt der Arbeiter trotz der guten Konjunktur nicht weiter, ja noch nicht so weit wie früher.“

Und die „Deutsche Bergwerkszeitung“ schrieb:

„Daß die Preise für die notwendigen Lebensmittel eine solche Höhe erreicht haben, die man sie für die weitesten Schichten des Volkes als unerträglich bezeichnen darf. . . . Heute kostet das Pfund Speck in unseiner Industrie wieder eine Mark. Das bedeutet für einen Tagelöhner mit einem Lohn von drei Mark ein volles Drittel seines Tageseinkommens, und man kann nicht sagen, daß, wenn er sich mit Frau und drei bis vier Kindern des Mittags um ein Stück Speck setzt, er irgendwie der Verachtung würdig fröhle. Dieses eine Faktum erklärt ohne weiteres die Tatsache, weshalb sehr viele Kreise des Volkes . . . nicht mehr in der Lage sind, mehr als zwei- oder dreimal in der Woche Fleisch zu essen.“

Selbst die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“, das Bülow-Organ, mußte noch kürzlich zugeben, daß im Laufe des Sommers das Gespenst der Unterernährung des Volkes zeitweilig aufgestiegen ist.

Für diese Zustände ist das Zentrum in erster Linie verantwortlich. Im Jahre 1902 wurde der Zolltarif, der diese Lebensmittelteuerung nach sich zog, unter Führung des Zentrums von den bürgerlichen Mehrheitsparteien durchgebracht, um Geld in den Reichsschatz zu bringen und den Agrariern hohe Preise für ihre Produkte zu sichern, und das Zentrum rühmt sich dessen, daß es durch seine Politik den Agrariern ordentliche Preise für ihre Produkte geschaffen, den Arbeitern also die Lebensmittel verteuert habe.

Das Zentrum ist es auch, das für Aufrechterhaltung der Grenzsperrn eintritt, durch welche ebenfalls das Fleisch verteuert wird.

Christliche Arbeiter verbreiteten kürzlich in M.-Glabbach ein Flugblatt, in dem es u. a. heißt:

„Das arbeitende Volk muß zum großen Teile durch die agrarfreundliche Politik unserer Zentrumspartei das Fleisch entbehren.“

„Durch die von unserer Zentrumspartei so entschieden betriebene Zollherabsetzung auf einzufließendes Vieh und Fleisch.“

„Durch ihr Einverständnis mit der Grenzsperrn, um an gebrauchte deutsche Vieh vor Seuchen zu bewahren.“

„Demgegenüber hat das Landwirtschaftsministerium in diesem Jahre in Deutschland Vieh dreimal so viel Viehweiden festgesetzt, wie im genannten Auslande.“

Der wahre Zweck der Grenzsperrn besteht also mit darin, daß das Vieh zum Nutzen der Agrarier verteuert

Im Einverständnis mit der Regierung haben also die bürgerlichen Parteien, vornehmlich unsere Zentrumspartei, dem arbeitenden Volke die Lebensmittel beizubehalten, durch Erhöhung der indirekten Steuern und sogenannten Schutzölle und somit die Lasten für das Reich zu verlagern auf die Schultern des armen Volkes abgewälzt.

Nichts kann klarer, nichts kann logischer sein, unsere Zentrumspartei hat sich von einer Volkspartei zu einer agrarisch-reaktionären Regierungspartei durchgemauert.

Die Partei setzt sich zusammen aus 31 Juristen, Landräten, Advokaten, 29 Großgrundbesitzern, Rittergutsbesitzern, 18 Geistlichen, 12 Rentnern, Kaufleuten, Fabrikanten, 8 Professoren, Ärzten, Lehrern, 1 Handwerker, 1 Arbeiter. Also auf 99 Anwälte der bestehenden Klasse, darunter 1 Prinz, 3 Grafen, ein Duke, 1 Freiherren, kommt ein ganzer Arbeiter. Unsere Zentrumspartei hat demnach nicht verstanden, mit dem arbeitenden Volke in Fühlung zu bleiben.

Vielmehr protestierten auch christliche Arbeiter in Versammlungen und Eingaben gegen die Fleischsteuerung und verlangten, so z. B. auch in Essen, von der Zentrumsfraktion, daß sie für Befreiung der Grenzen und Aufhebung der Fleisch- und Viehschölle eintrete. Als aber im Dezember v. J. im Reichstag die Interpellation wegen der Fleischsteuerung auf der Tagesordnung stand, erklärte der Abgeordnete Gerstenberger als Fraktionsredner des Zentrums, daß unbedingt an den jetzigen Schutzmaßnahmen festzuhalten ist und die Grenzen geschlossen bleiben sollen. Auf dem Standpunkte standen er und seine Freunde heute noch.

Wie die Zölle und Grenzsperrung in Deutschland, für die das Zentrum nach wie vor eintritt, auf die Preise wirken, möge man an nachfolgender Preistabelle nach einer zuverlässigen Statistik des Bureaus des Handelsvertragsvereins sehen. Danach kostete Ende September 1906 ein Pfund Rindfleisch in deutschem Gelde in:

Holland	68 Pf.
Belgien	56 "
Frankreich	52 "
Italien	60 "
Spanien	55 "
England	48-55 "
Nordwegen, Schweden und Dänemark	40 "
Rußland	38 "
Skandinavien	41 "
Nordamerika	42 "
Südamerika (Chile)	41 "
Mexiko	30 "

Die deutsche Bevölkerung muß also für diesen Konsumartikel mehr als doppelt soviel bezahlen, als beispielsweise in Skandinavien, Rußland und Amerika bezahlt wird.

Aber in der „Kölnischen Volkszeitung“, dem führenden christlichen Zentrumorgan, findet man ja, daß im allgemeinen nicht zu beweisen sein werde, daß zu einer gesunden, kräftigen Volksnahrung ein immer stärkerer Fleischgenuß nötig sei, und beklagt es gewissermaßen, daß viele Volksteile nicht bloß zum Mittagstisch, sondern auch in Zwischenzeiten ihr belegtes Butterbrot haben wollten. Und der Zentrumsabgeordnete Gerstenberger erklärte bei der Fleischnotinterpellation im Reichstag den Fleischgenuß, wenigstens für die Kinder, als gefährlich; nach Karlsen soll der Fleischgenuß in den Kinderjahren Verwildertheit hervorrufen.

Aber auch bei der Einführung und Erhöhung der indirekten Steuern im vorigen Jahre, der Brauereisteuer, Zigarettensteuer u., sowie der Erhöhung des Ortsportes, hatte das Zentrum die führende Rolle übernommen. Allerdings glaubte das Zentrum es bezüglich der Brauereisteuer so schlau eingeschaltet zu haben, und tat es sich darauf etwas zugute, daß es den Brauereien nicht möglich sein werde, den Bierpreis zu erhöhen. Schwere Kämpfe hätten die Brauereiarbeiter allenthalben durchzuführen gehabt, wenn sie etwas höheren Lohn durchsetzen wollten, hätten die Brauereien von jeder Bierpreiserhöhung absehen müssen. Die „Köln. Volkszeitung“, das führende christliche Zentrumorgan, war ja denn auch so freundlich, die Sozialdemokratie zum Boykott der Brauereien einzuladen, im Falle sie den Bierpreis erhöhen wollten. Es fanden denn auch in einer großen Zahl Orte schwere Kämpfe zwischen den Konsumenten bzw. Gastwirten mit den Brauereien wegen der Bierpreiserhöhung statt — allerdings nicht in Rücksicht auf den Wunsch der „Köln. Volkszeitung“, und infolge dieser Kämpfe erfolgten Ausfährungen von Brauereiarbeitern, von denen jetzt noch einige arbeitslos sind. Die Ausfährung in Chemnitz allein kostete dem Verband 5330 Mark, und die Ausfährungen hätten einen weit größeren Umfang angenommen, wenn das taktische Vorgehen des Brauereiarbeiterverbandes es nicht verhindert hätte. Auch diese Ausfährungen waren die Folgen der Zentrumspolitik bei den indirekten Steuern.

Diese Politik zum Schaden der Arbeiter und besonders der Brauereiarbeiter wird das Zentrum auch in Zukunft verfolgen. In der Denkschrift, die dem Haushaltsrat für 1907 beigegeben ist, heißt es über die Deckung des Zahlbetrages:

Die verbandeten Regierungen müssen sich sowohl eine entsprechende Entlastung durch nachträgliche Ergänzung der jüngst verabschiedeten Steuergesetze vorbehalten und glauben hierbei auf das Entgegenkommen des Reichstages um so höher rechnen zu dürfen, als er bei der Beratung der Finanzgesetzentwürfe auch feinerichtig anerkannt hat, daß die bewilligten neuen Steuern zur Wiederherstellung des Gleichgewichts im Reichshaushalt nicht ausreichen.

Das Zentrum wird auch im neuen Reichstag die „jungen verabschiedeten Steuern“ ergänzen helfen, umso mehr, als es ja den Reichstagen hat helfen leeren machen und auch wieder agrarisch-reaktionäre Regierungspartei sein wird, wie die christlichen Arbeiter in M.-Gladbach in ihrem Flugblatt so treffend sagten. Unter diesen jungen verabschiedeten Steuergesetzen ist ja auch die bereits erwähnte Brauereisteuer, und Zentrumsabgeordnete haben ja schon mit der weiteren Erhöhung

der Brauereisteuer gedroht, weil die Brauereien nicht dem Zentrum zuliebe von der Bierpreiserhöhung ablassen. Ganz besonders der Zentrumsabgeordnete Giesberts hat diese Drohung in einer Versammlung am 5. Oktober in M.-Gladbach offen ausgesprochen, daß die Brauereien wegen der Bierpreiserhöhung „ganz bestimmt in den nächsten Jahren eine Ergänzung der Brauereisteuer zu erwarten haben“. Das sprach er nicht für seine Person, sondern für das Zentrum. Was die Brauereiarbeiter demnach von den Vertretern des Zentrums zu erwarten haben, ersehen sie danach, wenn sie die jetzigen Erklärungen in Betracht ziehen. Giesberts ist der Paradedarsteller der Zentrumsfraktion. Die christlichen Arbeiter in M.-Gladbach nannten ihn in ihrem Flugblatt den „agrarisch gesinnten Arbeitervertreter Giesberts“. Wenn schon dieser diese Bezeichnung verdient hat, was haben die Arbeiter erst von den anderen Zentrumsabgeordneten zu erwarten!

Kein Arbeiter, besonders kein Brauereiarbeiter kann deshalb seine Stimme einem Zentrumskandidaten geben, denn er würde sich selbst schädigen.

Der Freisinn, soweit er nicht die Zoll- und Steuerpolitik mitgemacht hat, hat, um ein Beispiel anzuführen, am 24. März 1903 gegen den Antrag der Sozialdemokraten auf Vorlegung eines Gesetzesentwurfes betreffend Einführung einer zehnstündigen Maximalarbeitszeit für alle im Gewerbe, Industrie, Handel und Verkehrswesen, die innerhalb gesetzlich zu bestimmender Frist auf acht Stunden verkürzt werden sollte, gestimmt; auch gegen die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit haben die Freisinnigen gestimmt. Auch der Freisinn kann also für die Arbeiter nicht in Frage kommen.

Einzig und allein die Sozialdemokratie ist die zuverlässigste und energischste Vertreterin und Befördererin der Arbeiterinteressen im Reichstag; auch das „Reichsarbeitsblatt“ bezeichnet die Sozialdemokratie als die politische Vertretung der Arbeiterschaft. Deshalb werden auch die Brenneier- und Brauereiarbeiter für diese Partei eintreten und ihr am 25. Januar ihre Stimme geben, wenn sie ihre Interessen begriffen haben. Auch das Anhebungsgezet für die Gewerkschaften feiert im neuen Reichstag sicher seine Auferstehung. Auch deswegen gilt es, energische Arbeitervertreter in den Reichstag hineinzubringen, damit den Gewerkschaften kein Schaden geschieht. Aber deswegen ist es auch Pflicht aller Brauereiarbeiter:

**Agitiert ohne Unterlaß!
Stärkt die Organisation!**

Gewerkschaftliche Monatsrevue.

Dezember.

Im Mittelpunkt des öffentlichen Lebens im Dezember stand naturgemäß die am 13. des Monats erfolgte Auflösung des Reichstages. Der unmittelbare Grund hierzu bildete die Ablehnung der Regierungsvorlage auf 30 Millionen Mark zur Fortsetzung der kolonialkriegsrechtlichen Maßnahmen in Afrika. War das der wirkliche Grund der Reichstagsauflösung, so hat diese Aktion der Regierung bereits heute mit einem völligen Fiasko der politischen Leiter des Reiches geendet. Kaum zwei Wochen nach der Reichstagsauflösung mußte der offizielle Draht die Kapitulation der aufständigen Bundesstaaten melden. Und was für eine Kapitulation! Ganze 155 arme, ausgehungerte Neger meldeten sich bei den großen Generälen, denen sie ihre Waffen auslieferten. Damit der „Feldzug“ beendet ist. Und wegen dieses Bäderbubens aufständiger Schwarzhäuter braucht die Regierung, bzw. ihre Feldmarschälle 8000 Mann deutscher Truppen und zahllose Millionen Mark für Kriegsausgaben! Weil aber das „schwarze Hundert“ des Reichstages, das Zentrum, 9 Millionen an den 30 abhandeln will, wird das Parlament aufgelöst.

Freilich, es gibt viele Leute, die das nicht glauben, die vielmehr eine Aktion mit politischen Nebenabsichten in der Regierungsvorlage erblicken. Zu welchen auch wir gehören. Das eine sieht jedenfalls sehr: der aufgelöste Reichstag hat seine dreijährige Gesetzgebungsarbeit durchaus in realerem Sinne ausgeführt. Er hat die Bergarbeiterchaft dem reaktionärsten aller Parlamente, dem preussischen Dreiklassenparlament, ausgeliefert. Er hat den Verlehr erschwert und neue, geradezu unantastbare Steuern dem Volke auferlegt: Zigarettensteuer, Biersteuer, Fahrartensteuer, Erhöhung des Ortsportes ufm., Steuern, die, wenn sie teilweise auch zunächst mehr von den Handelsteuern u. aufgebracht werden müssen, von diesen doch aber bald auf die breiten Massen des Volkes wieder abgewälzt werden. Neben all diesen Sünden, die der aufgelöste Reichstag auf seinem Gewissen hat, bläht die Polizeiwirtschaft und die Klassenjustiz in deutschen Ländern, wie nie zuvor, ohne daß das Parlament auch nur den leisesten Versuch gemacht hätte, diese zum Himmel schreiende Wirtschaft zu bestrafen.

Aber in einem Lande mit allgemeinem Wahlrecht kann ein Parlament eine ganze Legislaturperiode hindurch nicht so fortfahren. Der Tag der neuen Wahlen nähert sich immer mehr und schließlich müssen die Parteien auch ihren Wählern ein wenig Rechenschaft ablegen. Und als die Antigenwerkschaftsvorlage kam, da blieb allen den bürgerlichen Parteien, die ihre Gruppierung den Stimmen der breiten Massen des Volkes verdanken, nichts übrig, als gegenüber dieser Art Sozialpolitik etwas Opposition zu machen. Die noch verbleibenden zwei Jahre der Legislaturperiode hätten sicherlich der Regierung noch mehr solche Opposition eingebracht, die als Rücksicht auf die Fraktionsinteressen, wie die Regierung die Rücksicht auf die Stimmung der Wähler nennt, erfolgt wäre. Und da die Regierung keinerlei Rücksicht hat, den Wünschen der breiten Massen entgegenzukommen, sondern im Gegenteil ihre bisherige Politik zum mindesten fortzusetzen gedenkt, so kam ihr der Gedanke, durch eine Abkürzung der diesmaligen Legislaturperiode der „Fraktionsinteressenpolitik“ ein Ende zu machen. Dem neuen Reichstage wird sie sodann ihre politischen Absichten aufs neue unterbreiten und sie erhofft augenscheinlich bei diesem daselbst Entgegenkommen, das sie in den letzten drei Jahren bei dem aufgelösten Reichstag fand. Für die Arbeiter sind deshalb die Reichstagswahlen am 25. Januar von allerhöchster Bedeutung. Die Gewerkschaften besonders haben mit der Aufgabe zu rechnen, daß die Antigenwerkschaftsvorlage dem neuen Reichstage zur Entscheidung unterbreitet und daß doch der Versuch, sie der Polizeiwirtschaft auszuliefern, wiederholt wird. Daher haben die Gewerkschaftsmitglieder in erster Linie ihre ganze Kraft einzusetzen, um solche Vertreter in den Reichstag zu bringen, die ihnen die Gewähr bieten, daß sie alle Aufträge auf die wahren Volksrechte einbringen und zurückweisen und die Regierung wie die herrschenden Klassen zwingen, mit der Politik der elenden Ausbeutung des Volkes am Ende zu stehen. Der Redendigkeit dieses Entwurfes der gewerkschaftlichen organisierten Arbeiter ist bewußt, hat die Generalkommission bereits zwei Tage nach der Auflösung des Reichstages, am 15. Dezember, einen Aufruf an die Gewerkschaftsmitglieder veröffentlicht, der sie an die Ausübung

weiteres anmahnen, daß auch die Brauereiarbeiter diesem Aufrufe, der in Nr. 51 unseres Blattes wiedergegeben wurde, nachkommen werden. Es gilt, die vitalsten Interessen des arbeitenden Volkes zu verteidigen. Es gilt nicht minder, einen Misstand zu wagen auf die Politik der Volksknebelung und die Volksauspöckung, die seitens der herrschenden Klassen bisher betrieben wurde. Das geschieht, indem die organisierten Arbeiter am 25. Januar zur Wahlurne gehen und ihre Stimme dem Kandidaten der Sozialdemokratie geben. Nur sie, Fleißig von unserem Fleißig und Mut von unserem Mut, bieten die Gewähr, daß die Interessen des arbeitenden Volkes im neuen Reichstage die gebührende Vertretung finden.

Der Textilarbeiterverband konnte anfangs Dezember das Jubiläum der ersten Hunderttausend Mitglieder begehen. So schwer auch der Boden zu beackern war, so brutal auch das Unternehmertum der Textilindustrie auftrat, nichts konnte den Vormarsch der Organisation ernsthaft hindern. Wohl gab es hin und wieder eine kurze Stagnation, während welcher die Kräfte wieder gesammelt wurden; dann aber ging es wieder mit Sturmfortschritten vorwärts. Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung sowohl der Mitgliederzahl, als der Leistungsfähigkeit seit 1901:

Jahr	Mitgliederzahl	Gemäßregeltem u. Streikunterstützung	Rechtschutz, Unzulassung u. Nechtsunterstützung	Krankenunterstützung	Fachzeitung uvm. Blätter	Zusammen
1901	28 836	87 992	4 920	38 159	37 559	168 630
1902	35 178	253 181	5 885	38 068	41 692	341 778
1903	54 720	1 066 812	8 826	53 037	60 901	1 101 377
1904	53 568	98 984	11 477	88 264	75 681	274 406
1905	66 957	709 402	15 097	95 811	74 851	895 161
1906	104 148	328 671	9 621	52 292	49 014	439 374

Der Textilarbeiterverband ist die größte Organisation der deutschen Gewerkschaften, die mehr als hunderttausend Mitglieder zählt. Vor ihm hatten die Verbände der Metallarbeiter, der Maurer, Holzarbeiter, Vergarbeiter und Fabrikarbeiter diese Mitgliederzahl erreicht, bzw. überschritten. Die sechs Verbandsorgane dieser Organisationen haben bereits eine Auflage von über 1 000 000, die wöchentlich den Organisationsgedanken und die Ideen der modernen Arbeiterbewegung bis in das kleinste Dorf tragen.

Auch in diesen Monaten können wir von weiteren Bestrebungen auf Zusammenfassung der Kräfte der gewerkschaftlichen Organisationen berichten. Zu Verbandsorgan der Kupferindustrie wurde an leitender Stelle die Frage des Anschlusses an den Metallarbeiterverband besprochen und auf der Tagesordnung des am 2. April in Breslau zusammen tretenden Verbandstages wird die Frage zur Entscheidung kommen. So wie die Verhältnisse sich bis heute entwickelt haben, dürfte auch für die Kupferindustrie die Einheitsorganisation der metallindustriellen Arbeiter die größere Machtenkung erbringbar sein.

Zwischen den Verbänden der Bäcker und der Konditoren ist ein Kartellvertrag vereinbart worden, der die gegenseitige Unterstützung bei der Agitation, bei Lohnbewegungen und Streiks usw. regelt.

Die Einigungsbestrebungen zwischen den Gastwirtschaftlichen und Hotelbedienten sind nunmehr soweit gebiehn, daß eine formelle Grundlage für den Anschluß der Hotelbedienten an den Verband der Gastwirtschaftlichen vom Vorstande der letzteren ausgearbeitet werden konnte. Die Hauptbestimmungen sind: Uebertritt der Mitglieder des Hotelbedientenverbandes mit vollen Rechten in den Gastwirtschaftlichenverband und Einführung einer besonderen Beitragsklasse für sie von 30 Pf. pro Woche. Uebernahme der Beamten des Hotelbedientenverbandes.

Der internationale Arbeiterkongress, der im August 1907 in Stuttgart stattfand, wird eine Reihe von internationalen Konferenzen bzw. Kongressen ermöglichen, die teilweise seit längerer Zeit geplant waren und die den Zweck haben sollen, die Beziehungen der Berufsorganisationen der einzelnen Länder enger zu knüpfen. Ein internationaler Bäckerkongress ist auf den 25. und 26. August einberufen. In Aussicht genommen sind solche Kongresse der Holzarbeiter und der Freisevergehülften. Bei den Glasarbeitern wird die Frage noch erwogen.

Der Stand der Lohn- und Tarifbewegung im Dezember war ein verhältnismäßig ruhiger. Abgesehen von dem Buchdruckerarif, dessen Inkrafttreten zum 1. Januar publiziert wurde, ist nur die Tarifbewegung der Lichtdrucker zum Abschluß gekommen. Die Verhandlungen, die im April geftrandet waren, wurden im Dezember wieder aufgenommen. Es handelt sich hier um einen Generalarif für ganz Deutschland. Vereinbart wurde u. a. die achtstündige englische, d. h. durchgehende Arbeitszeit. Ferner steht auch dieser Tarif den Organisationszwang vor, der nach einer 1/4-jährlichen Uebergangszeit zur Einführung gelangen wird. Die Unternehmer verpflichten sich, nur tariftreue Firmen als Mitglieder der Unternehmerorganisation aufzunehmen. Die Gehälternorganisation (Senefelderbund) dagegen verpflichtet sich, alle nicht tariftreuen Firmen für seine Mitglieder zu sperren.

Eine Art Generalarif haben auch die Buchdruckerhilfsarbeiter abgeschlossen. Nur regelt dieser Tarif nicht die Lohnverhältnisse, die lokalen Vereinbarungen vorbehalten bleiben, sondern das Abkommen betrifft nur die allgemeinen Arbeitsverhältnisse.

Differenzen betreffend Auslegung eines Tarifvertrages sind bei den Berliner Bäckern ausgebrochen. Entgegen den Bestimmungen des Tarifes, die den Kost- und Logiszwang ausschalten und nur dann die Gewährung von Kost und Logis gestatten, wenn der einzelne Arbeiter dies wünscht, suchen die von den Innungen gedeckten Bäckermeister diese Bestimmungen zu umgehen, indem sie Gesellen, die diesen Wunsch nicht haben, einfach maßregeln. Auch suchen sie den tariflich vereinbarten partiiellen Arbeitsnachweis in ihre Hände zu bekommen, um daraus ein brauchbares Maßregelungsinstrument zu gestalten. Man darf auf die weitere Entwicklung dieser Differenz gespannt sein.

Die Erfolge der Arbeiter und deren Gewerkschaften haben neuerdings auch die technischen Angestellten der Großindustrie in den Organisationsgedanken näher gebracht. Ihre manchmal jeder Beschreibung spottende Lage beginnt ihnen aufzukämmern, weil sie sehen, wie die Industriearbeiter mit Hilfe ihrer Organisation sich bessere Löhne und kürzere Arbeitszeit erringen. Die Angestellten der Berliner Metallindustrie haben daher den Versuch einer Lohnbewegung gemacht, indem sie in begehrender Form bei den Betriebsleitungen das Gehalt um eine Teuerungszulage erhöht. Sie wurden aber belehrt, daß solches sich für technische Angestellte nicht schickt. Der Direktor Hirshberg der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft erklärte kurz und bündig die Unterzeiner der Eingabe für „Ochsen und Esel“, wogegen eine von etwa 1000 Personen besuchte Versammlung protestierte. Zu dieser Versammlung kam manches in die Oeffentlichkeit, das die Existenzverhältnisse dieser technisch ausgebildeten Lohnarbeiter, die sich stolz den Namen „Privatbeamten“ beilegen, in ein recht großes Licht rückt. In der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft z. B. haben nicht weniger als 60 Prozent dieser Angestellten ein Monatsgehalt von weniger als 150 Mk., davon 30 Prozent einen solchen bis zu 125 Mk. Es ist gewiß ein Vorteil, wenn Leute, die trotz ihrer wissenschaftlichen Ausbildung solche Hungerlöhne beziehen, sich ihrer Klassenlage bewußt werden, sich davon überzeugen, daß sie genau so von dem Kapital ausgebeutet werden wie die gewerblichen Arbeiter. Sie werden dann sicherlich nicht mehr, wie das bisher mehr als einmal der Fall war, den Unternehmern Streikbrecherdienste gegen die Arbeiter leisten.

Gleiche Erfahrungen wie die technischen Angestellten der Großindustrie machen gegenwärtig auch die Kapitane und Offiziere der deutschen Handelsmarine, die kein

anderes Verbrechen begangen haben, als einem Verein angeschlossen, der bis vor zwei Jahren noch von den Großbrennern begünstigt wurde. Jetzt ist der Verein in Unruhe gefallen; die Knecht haben den Kapitänen und Offizieren ihrer Schiffe die Mitgliedschaft im Verein deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere einfach unterzogen. Etwa 70 Personen, die sich dem Nachwort der Knecht nicht fügen wollten, haben als Weichnächste die Entlassung bekommen. Genau dieselbe Behandlung, die den Arbeitern bisher vom Großkapital zuteil wurde. Die Kapitäne und Schiffsoffiziere aber sollten hieraus die Lehre ziehen, daß sie den Kapitalisten auch nichts weiter sind als Lohnarbeiter; sie werden sich dann sicherlich einer besseren Behandlung der ihnen unterstellten Seeleute befleißigen.

Ein Jahr des Kampfes der deutschen Arbeiter ist soeben dahin und ein neues beginnt. Geiseln wir uns, das neue Jahr in unerfütterlicher Treue der modernen Arbeiterbewegung zu dienen. Ihre Kämpfe seien unsere Kämpfe, ihre Erfolge unsere Erfolge.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† Zugzug ist fernzuhalten nach Udernaach, Norden, Straubing und Kottbus.

† Der „Doornlaak“-Schnaps ist infolge des Kampfes mit der Brauerei und Brennerei Doornlaak in Norden boykottiert. Kollegen, sorgt für Ausführung dieses Beschlusses!

† Kottbus. Die Brauereien, allen voran der „Brauerband“, haben zum Teil die in Aussicht gestellten Verschlechterungen wahr gemacht; die Sonntagsarbeit verlängert, die Djourbezahlung und den auf § 616 des B. G. B. begründeten Krankenzuschuß weggenommen, das Freibleib gestrichelt. Einer Verhandlung ging man bis dato gefühllos aus dem Wege, das Gemüths soll angeblich die sich stets als arbeiterfreundlich gezeigte Vereinsbrauerei sein. Ob's wahr ist? Als Wolf im Schafspelz entpuppt sich hierbei auch der nunmehr aller Geschäftskennnisse kundige Braumeister Schröder des Brauerbandes. Er hält mit den Arbeitern, erklärte er, so lange er noch nicht alle Geschäftskennnisse kannte. Jetzt verpflichtet er neuantretenden Arbeitern eine besondere (1) Vergütung, die seinem Rat folgen und nicht der Organisation beitreten. Er will also keine organisierten Arbeiter mehr, weil er, um mit ihm zu reden, mit dem Streik rechnet.

Wir sind die letzten, die dem Braumeister kein Ansehen bei feinesgleichen gönnen, meinen aber, daß es nicht besonders geistreich und talentvoll ist, das Vertrauen der um ihre Existenz kämpfenden Arbeiter hierbei zu mißbrauchen. Die Kottbuser Kollegen sind sehr entschlossen, ihre minimalen Wünsche aufrecht zu erhalten. Die Kollegen allerorts werden dringend ersucht, den Zugzug nach Kottbus streng fernzuhalten, denn es handelt sich nicht allein darum, die Verschlechterungen gegenüber den Kottbuser Kollegen abzuwehren. (Zukünftig sollen die Einstellungsöhne noch gestürzt werden.) Ist die Organisation nicht mehr stark genug, dann wird der Wolf im Schafspelz auch seine Zähne zeigen.

2. Tätigkeitsbericht des Gau 1 (Sitz Breslau) für die Zeit vom 1. Oktober 1905 bis 31. Dezember 1906.

Die Verlegung der diesmaligen Berichterstattung erfolgte einmal, um die Geschäftslücke der Festwoche auszunützen, andererseits, um mit dem Kalenderjahr in die Reihe zu kommen.

Wir schlossen unseren ersten Tätigkeitsbericht mit der Hoffnung, daß auch das 2. Amtsjahr die absoluten Fortschritte bringen würde, wie sein Vorgänger; das traf ein. Während im ersten Jahre die meiste Zeit auf Informationsarbeiten verwendet werden mußte, so waren im Berichtsjahre Lohnbewegungen und Differenzen die Signatur. Mag sein, daß den den ostelbigen Brauereiverhältnissen fernliegenden Kollegen — manches, auch die Lohnbewegungen der meist jungen Organisationen im Osten unbekannt. Das Glend unserer östlichen Kollegen in seinem ganzen Umfange, die Hungerlöhne, die bis ins Unerdenliche ausgeübte Arbeitszeit, Sonn- wie Wochentags, die schlechte Behandlung richtig gewirkt, und alles ist verständlich.

Wenn die Lohnbewegungen im Gau 1 in ihrer Zahl und ihrem Umfang nicht an diejenigen anderer Bezirke heranreichen, ist die seitens der Gauleitung dabei verrichtete Arbeit infolge der gewerkschaftlichen Lage der im Gau existierenden Zahlstellen, der Ausdehnung des Gau 1 an sich, sowie in Rücksicht darauf, daß hier ausschließlich jede Verhandlung, jeder Federstrich durch die Gauverwaltung erfolgen muß, nicht minderwertiger, nicht geringer als die Arbeit der Gauleitung in anderen Bezirken.

Es blieb infolgedessen im Berichtsjahr, ganz besonders im 2. und 3. Quartal 1906, wenig oder keine Zeit zur Agitation übrig, obwohl ein großer Teil des Bezirkes, mit Ausnahme einer einzigen Tour, noch völlig unbesucht blieb. Da dort sich unsere Industrie auf nur wenige Orte mit großen Betrieben erstreckt, sahen wir uns veranlaßt, beim Zentralvorstand die Anstellung eines Beamten nach dort zu beantragen, welchem statzugeben wurde.

Daß Schlessen, Pommern, Brandenburg usw. in puncto Agitation besondere Schwierigkeiten bieten, haben wir bereits vergangenes Jahr eingehend dargelegt; nach wie vor bildet der chronische Mangel an Orten mit unserer Industrie, besonders in Schlessen, Pommern und Posen, das größte Hemmnis der Organisationsentwicklung. Fast überall, wo der Einfluß der Geistlichkeit fehlt, sind Lokale zur Verfügung stehen, sind auch die Brauereiarbeiter organisiert; leider ist die Zahl der Berufsangehörigen an solchen Orten in der Regel gering. So ist beispielsweise in der großen Provinz Brandenburg außerhalb Berlins keine Brauerei mit über 30 Personen zu finden — meist sind nur 3—6 beschäftigt —, weil durch die Konkurrenz der Berliner Knechtbetriebe sich kein Wachstum in der Provinz entwickeln kann. Dasselbe trifft, mit Ausnahme von Biegnitz und Grotz, auch auf Niederschlesien zu. Über dessen ungeachtet ging's vorwärts, denn es wurden während der Berichtsjahre die Zahlstellen in Waldenburg, Schweidnitz, Haynau, Muskau, Guben, Frankfurt, Schwiebus, Danzig, Neuruppin, Guben und Tilsit neugegründet, die Kollegen in Sommerfeld sind nach Kottbus angegliedert; die organisierten Kollegen von Knigsberg, Zusterburg und Sagan werden zurzeit noch als Einzelmitglieder vom Gau geführt. Eingegangen ist die Zahlstelle Frankfurt 12 im Vorjahre schon bestandene Zahlstellen welen eine Zunahme von 341, dagegen 3 eine Abnahme von 34 Mitgliedern auf. Die Zahlen verstehen sich bis 1. Oktober 1906. Ganz besonders entwickelt haben sich die Zahlstellen in Breslau, Girsberg, Grotz, Kottbus; auch Stettin scheint etwas lebhafter zu werden. In Breslau machte sich die Anstellung eines Lokaltamens notwendig.

Der Zugzug vieler aufgellärter Kollegen nach dem Westen und der Zug solcher aus den zurückgebliebenen Gegenden bedingt die im Gau verhältnismäßig niedrige Beitragsziffer (41,5 pro Mitglied und Jahr). Die Plutuation ist bedauerlich, aber erklärlich, und wird auch die Folgezeit anfallen. Beim Anblick der ersten „Bräuereiarbeiter-Zeitung“ wird der Drang nach besseren Verhältnissen bei den Kollegen nach; die Gelehrten reisen nach Westen ab. Das im Gau 1 während der Berichtsjahre nur 88 Mark Beitragszifferung gezahlt wurden, beweist, daß die Kollegen auf dem schnellsten Wege den Osten verlassen und von anderswo Organisierten der Osten beschont bleibt. Aber auch bei den Ungelernten macht sich, nachdem die Organisation erst Fuß gefaßt, der Drang nach Besserung bemerkbar, das beweisen die Lohnbewegungen, aber auch nicht selten suchen sie sich auf ihre Organisationszugehörigkeit stützend, bei Eintritt der Korrektur anderswo Arbeit und treten dann in andere Verbände über. Wir haben von neuem vorüberzogen. Vom 1. Oktober 1905 bis dahin 1906 traten dem Verbands im Gau 1 1019 neue Mitglieder bei, 61 traten zu, 48 traten aus anderen Verbänden über. Dienen 1128 Zugzügen haben 525 Austritte, 188 Abgereifte und 7 aus dem Leben Geschiedene zusammen 720 Zugzügen über. Die 21 zugeworbenen Mitglieder sind nach ihrer Zahl des

verzogen, dagegen die 188 Abgereiften, mit winzigen Ausnahmen, sich westwärts gewandte Kollegen. Daß nur 48 von anderen Verbänden übergetreten sind, gibt wohl den schlagendsten Beweis unserer lokalen Agitation, zumal die Struktur der im Gau 1 gelegenen Brauereibetriebe auf den ersten Blick erkennen läßt, daß von berufsfremden Arbeitern in Brauereien, worauf verworrene Fanatiker immer herumreiten, keine Rede sein kann.

Die Organisation entwickelt sich, wenn auch langsam. Die Beitragsangehörigenzahl ist verhältnismäßig gegenüber in Orten anderer Bezirke; es ist das Organisationsverhältnis schwer zu schildern. Es kommt vor allem darauf an, überall, in die entlegensten Winkel, die Organisation zu verpflanzen, das Bestreben nach besseren Verhältnissen überall nach zu rufen. Mit der Organisationsentwicklung besserten sich — absolut wie relativ — die finanziellen Verhältnisse:

Quartal	Jahr	Es waren		Einnahmen	An die Hauptkasse abgeandt
		in Orten	Mitglieder		
III.	1904	8	427	1153	815
III.	1905	16	794	3111	2116
IV.	1905	20	900	3923	2306
I.	1906	24	1066	4823	2644
II.	1906	25	1159	4797	2880
III.	1906	25	1142	5376	3768

Am 1. Januar 1907 dürfte die Mitgliederzahl 1200 überschritten haben.

Lohnbewegungen wurden geführt und verliefen ohne ersten Kampf zugunsten der Kollegen in: Girsberg, Waldenburg, Grotzschwitz, Gorfau, Breslau, Sacrau, Grotz, Forst, Guben, Schwiebus, Fürstenwalde, Wittenberge, Finsterwalde, Ludenwalde, Muskau; in letzterem Ort bedurfte es erst mehrerer Rippenstöße, ehe sich die Unternehmer zu Zugeständnissen bequemen. In Forst (Firma Augenthaler) führte die Hingezogen der Untergriff seitens des Geschäftsführers zu einem kurzen, erfolgreichen Streik.

Die erfolgreichsten Lohnbewegungen in Werber-Potsdam, Knigs-Wusterhausen und Brandenburg wurden durch die Berliner Agitationskommission geführt. In allen 15 genannten Orten wurden zusammen 19 Lohnverträge vereinbart. Zugeständnisse, ohne dabei zum Verragsabschluss zu gelangen, wurden durch unser Vorgehen für die Kottbuser Brennereiarbeiter erzielt. Außerdem wurde für alle Arbeitnehmer der Aktienbrauerei in Gerswalde (vormals Jagdschlößchen-Schle) 1 Mark Lohnaufbesserung wöchentlich und Ueberstundenbezahlung gegen 1 Stunde Präsenzzeit eingetauscht. Die Ueberleistung des dort damals bestandenem übergängigen den untergärtigen Betrieb bestimmte uns, der Aenderung für die Dauer des am 1. Juli 1907 ablaufenden Lohnvertrags zuzustimmen. Die Vorteile, Lohnzulagen usw., die den Kollegen indirekt unmittelbar nach ihrem Beitritt zum Brauereiarbeiterverband — sei es aus Furcht der Unternehmer, oder um einer Lohnbewegung aus dem Wege zu gehen — erwachsen sind, sind bei der Aufzählung unberücksichtigt geblieben. Wir behalten uns vor, auf die während der letzten 2 Jahre im Gau 1 geführten Lohnbewegungen in einem besonderen Artikel zurück zu kommen. Soweit, wie zurzeit sich übersehen läßt, haben die während der Berichtsjahre geführten Lohnbewegungen circa 1900 Kollegen rund 240 000 Mt. jährliche Lohnaufbesserungen und circa 1200 Kollegen jährlich rund 260 000 Stunden Arbeitszeitverwertung gebracht neben den sonstigen Verbesserungen. Nicht eingerechnet sind die durch die Berliner Lohnbewegung erzielten Vorteile. Es würde zu weit führen, im Rahmen des Rechenschaftsberichtes auf die Lohnbewegungen so einzugehen, wie es im allgemeinen Interesse wünschenswert ist. Eingerechnet in die Summe sind die Lohnaufbesserungen, die unabhängig des Streiks in Danzig und Neuruppin gewährt wurden, sie sind die unmittelbare Folge unserer Verbandstätigkeit. Nicht zu unterschnzen ist ferner die Einschränkung des Bierausfahrens an Sonntagen, welches in Brandenburg, Girsberg, Guben, Schwiebus, Biegnitz, Forst, Landsberg, Breslau durch unser Eingreifen erfolgte.

Auch erste Kämpfe blieben uns nicht erspart; daß es ausschließlich Kämpfe um Anerkennung des gesetzlichen Koalitionsrechtes waren, beweist, daß wir auf dem rechten Wege zur Verbesserung unserer Verhältnisse sind, daß dem Unternehmer alles lässig ist, was den Profit schmälern könnte, und daß wirkliche Verbesserungen nur durch starke Organisationen erzielt werden können. Die gute und gesunde Entwicklung unserer Zahlstelle in Straalund beunruhigte deren Widersacher. Herr Braumeister Lappe der Vereinsbrauerei, der seinerzeit selbst freiwillig die in der Organisation tätigen Kollegen und Führer als nächster Leute bezeichnete, maßregelte nach dem 1. Strtungsfest einige Kollegen, um die ihm längst lässige Organisation los zu werden. Die Folge war trotz des bevorstehenden Winters Arbeitsniederlegung, die uns zwar einen augenblicklichen Mitgliederverlust brachte, jedoch zurzeit steht die Zahlstelle um so gefestigter. Wenn Brauereidirektor Feicht auch keinen organisierten Arbeiter mehr einstellen will, so ist die Organisation schon wieder so stark, daß der Laus von neuem beginnen kann.

Herr Braumeister Garbisch in Neuruppin sprach den Arbeitern das Organisationsrecht ab, knbigte, nachdem die Arbeiter seinem Anfinnen, aus der Organisation auszutreten, nicht nachkommen, sämtliche Organisierten, um mit den Gegnern, wie er sich ausdrückte, nicht verhandeln zu müssen. Auch dieser uns aufgedrängte, scheinbar verlorene Kampf hat das Verbandsinteresse der Kollegen nur gefestigt. Die Kndiger, denen die bewilligten Forderungen zugute kommen, sind schon längst wieder unzufrieden, die Organisation entwickelt sich so allmählich wieder und wird das Feld noch behaupten, wenn Herr Garbisch schon längst vergessen ist. Die brutale Behandlung in der bekannten Danziger Aktienbrauerei trieb die dort beschäftigten Kollegen in Massen der Organisation zu, was die Wut des Direktors Pichm bis zum Platzen steigerte. Ein ins Kontor gerufener Kollege sollte verprügelt werden. Das schlug dem Kopf des Bodes aus; 21 Kollegen legten die Arbeit nieder und nur durch sofortige Lohnzulagen, Arbeitszeitverlängerung und kurz Versprechen, eine bessere Behandlung einzuführen, wurde ein Weiterausstiegreifen der Bewegung gehindert. Die Streikenden reisten ab, sie schenken sich nicht wieder in die zussich Verhältnisse zurück. Die Organisation, die man vernichten, am liebsten mit dem Dohlgewehr losprügeln wollte, lebt mächtig in Tiefe und Breite, sie wird eines schönen Tages wieder anfluten und Zustände fordern und erlmpfen, wie sie Danzig entsprechend sind.

Die Motive aller erntener Kämpfe waren Anerkennung des gesetzlichen Koalitionsrechtes. Dasselbe Unternehmertum, welches sich vergangenes Jahr im Zusammenschloß, um höhere Bierpreise zu erzielen, sprach den Arbeitern deren Lebensverhältnisse sich durch die neuen Hlle wesentlich verschlechterten, das Recht ab, sich zu organisieren. Die Unternehmerrter aller Schattierungen gefallen sich stets darin, das warme herabgelassene Unternehmertum für die Arbeiter über den grünen Äste zu loben. Doch wie die geschicktesten Vorkommnisse beweisen, bringt schon die bloße Organisationszugehörigkeit der Arbeiter die Unternehmer und deren Rateln ins Rausen. An ihren Taten soll ihr se erkennen! Die organisierten Arbeiter wegen ihrer Organisationszugehörigkeit dem Hunger preisgeben, ist erst unternehmerisch und zeigt den Arbeitern, daß sie ohne starke Organisation nichts zu erhoffen haben.

An Maßregelungen und sonstigen Differenzen, besonders bei der Nichtzahlung der abgeschlossenen Tarife, fehlte es im Berichtsjahr nicht, es würde zu weit führen, dieselben im Detail darzulegen. Eine besondere Mannheimer Heide der 200 Mark Brauereiarbeiter Herr Schmidt in Waldenburg, der

sich anfangs mit Händen und Füßen gegen Einhaltung des Tarifs wehrte.

Das Strafkonto war im Berichtsjahr nicht klein. Ein Preßvergehen und Uebertretung der Vereinsgesetze wurden mit je 15 Mt. geahndet; dagegen erhielt Kollege Hobapp-Berlin gelegentlich des Neuruppiner Streiks wegen angeblicher Braumeisterbeleidigung 100 Mark Geldstrafe subaltern. Mißachtung und Verletzung von Streikbrennern brachte in Siralund einem Genossen vier Monate und in Neuruppin zwei streikenden Kollegen ebenfalls längere Gefängnisstrafen ein. Klassenjustiz darf man es ja wohl nicht nennen.

In die Berichtsjahre fällt der 15. Verbandstag (Kälin), drei Konferenzen der Agitationsleiter Schlessens und Posen, die sich fast ausschließlich mit der Lokalfrage beschäftigten, sowie je eine Distriktskonferenz unserer Zahlstellen in Kottbus und Breslau. Letztere beschäftigten sich vorwiegend mit der Agitation, den Lohnbewegungen und der Lokalfrage.

Die Lohnbewegungen und sonstigen Differenzen (Streiks usw.) machten die Herstellung von 16 Flugblättern, die Agitations- und Organisationsarbeit an sich 19 Rundschreiben, Aufzettel usw. für die Zahlstellen und Gewerkschaftszentrale (letztere wurden auf hektographischem Wege hergestellt) notwendig. Als Agitationsmaterial wurde eine Agitationsbrochure hergestellt, dieselbe befindet sich — ergänzt — im Neudruck.

Während der Berichtsperiode war der Gauleiter 326 Tage (die Reisetage eingerechnet) unterwegs. Daß auf jeden Reisetag 138 zurückgelegte Kilometer entfallen, während der fünf Quartale 45 032 Kilometer zurückgelegt wurden, zeugt vom Gauumfang. Zu Lohnbewegungen und Differenzen waren 97 Tage erforderlich, 13 Tage entfielen auf Revisionen und 179 Tage blieben für Agitation, der Rest entfällt auf Konferenzen, Verbandstag, Reisetage. Es fanden 60 Verhandlungen mit den Arbeitgebern, 145 Besprechungen, 43 Mitglieder, 59 öffentliche Brauereiarbeiterveranstaltungen, 3 Volksbegehren, Gewerkschaftsveranstaltungen, an welchen der Gauleiter beteiligt war, statt, außerdem noch 15 Verwaltungssitzungen mit den Zahlstellenvorständen, acht Sitzungen mit Gewerkschaftsräten und zwei Gastungen. Quartalsabrechnungen wurden 42 in 17 Zahlstellen fertiggestellt.

Die 326 Reisetage beanspruchten 1174,20 Mt. Fahrt und 2354 Mark Diäten. Auf den Tag entfielen 3,75 Mt. für Fahrt; die Agitation beanspruchte 2080 Mt., die Lohnbewegungen 1334, — Mt., die Revisionen 133,60 Mt. für Material wurden 442,89 Mt., für Porto 305,75 Mt. verausgabt. Postausgänge 2764 Stück. Alles in allem war die Arbeit reichhaltig. Mit der Mitgliederzahl und den neugegründeten Zahlstellen wächst die Arbeit, zumal die Unternehmer den Arbeiterforderungen immer mehr Widerstand entgegenlegen. Wenn wir auch keine pessimisten sind, so wagen wir heute nicht zu behaupten, daß uns das kommende Jahr dieselben — absoluten — neuen Kämpfer bringt, wie die zwei ersten Jahre, denn wir haben zukünftig unter Agitationsfeld fast ausschließlich auf Distrikte ohne jegliche Zusammenkunftsmöglichkeiten, aber mit desto größerem Einfluß der Geistlichen und Gendarmen zu erstrecken. Wenn allerdings alle unsere Kollegen nur etwas mitarbeiten, dann glauben wir im 3. Tätigkeitsbericht noch bessere Erfolge melden zu können. Etwas entlastet werden wir durch die Neuanstellung eines Beamten für Ost- und Westpreußen. Schon heute geben wir uns der Erwartung hin, daß es auch in Ost- und Westpreußen wird vorwrtsgen, weil das Agitationsfeld sich nur auf wenige Orte, wo meist größere Betriebe vorhanden sind, erstreckt, und man dort im allgemeinen mit einem weniger furchtsamen Volksstamm zu rechnen hat.

Korrespondenzen.

Darmstadt. Die Versammlung vom 22. Dezember beschäftigte sich u. a. mit der bevorstehenden Reichstagswahl und wurden die Kollegen darauf aufmerksam gemacht, wie wichtig diese ist, und ersucht, ihre volle Schuldigkeit zu tun. Es wurde beschlossen, 50 Mt. aus der Lokalkasse dem Wahlfonds der sozialdemokratischen Partei zu überweisen und, des weiteren noch freiwillige Sammlungen hierfür zu veranstalten. Der Vorstand berichtete dann über die Sperre in der Brauerei Gebr. Wiener, daß bis jetzt noch keine Aenderung hierin eingetreten ist. Das scharfe Verhalten der Firma gegenüber den organisierten Arbeitern dürfte Herrn Wiener wenig Reue bringen. Aber auch das Verhalten der dort Beschäftigten verdient scharfe Kritik; hätten sie sich früher in ihrer Mehrzahl der Organisation angeschlossen, so wären derartige Maßregelungen doch unmöglich geworden. Trotzdem die Brauerei fortgesetzt ihre alten Leute durch junge ersetzt, sehen es diese Kollegen nicht ein, daß es ihnen später auch so ergeht, sondern verkräften sich damit, später doch in eine Stadt oder einen Betrieb zu kommen, wo den Kollegen bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen errangen worden sind. Es wäre angebracht, für dieselben sich eines besseren in bezug auf Kollegialität zu befleißigen, denn sonst dürften sie zu einem Ruf bei den Kollegen kommen, wie die Firma bei der gesamten organisierten Arbeiterchaft.

Flensburg. Wenn es an Orten, wo die Organisation noch nicht Eingang gefunden hat, schwer hält, die Arbeiter von der Notwendigkeit und Zweckmchtigkeit derselben zu überzeugen, so ist das leicht erklärlich. Sie sind misstrauisch unter sich und erst recht gegenüber Leuten, welche sie nicht kennen, von denen sie nicht wissen, ob sie es wirklich ernst meinen und ob sie auch wirklich sind. Versprechungen einzulösen. Eine gehörige Portion Dummheit und Feigheit gehört aber an solchen Orten dazu, wenn die Arbeiter nichts von der Organisation wissen wollen, wo sie des Bitteren bewiesen hat, welche Macht sie besitzt und wie sie in Wirklichkeit die Fähigkeit besitzt, die Interessen der Mitglieder in weitgehendstem Maße zu vertreten.

Seit Jahren haben sich die Flensburger Brauereiarbeiter mit Hilfe des Verbandes günstige Arbeitsbedingungen geschaffen. Mit dem letzten Tarif sind sie an die Spitze der Flensburger Arbeiter gerückt. Die kleine Schloßbrauerei war nicht organisiert, höchstens hier und da einige im Fabrikarbeiterverband, und so herrschten die schlimmsten Verhältnisse. Kein Hauch der Besserung drang dorthin. Endlich organisierten sie sich. Der Brauereiarbeiterverband stellt Forderungen und die Folge ist die Regelung des Arbeitsverhältnisses entsprechend den anderen Brauereien. Neben Regelung und Verfestigung der Arbeitszeit um durchschnittlich etwa 1 1/2 Stunden pro Tag träten Lohnerhöhungen von 5 bis 12 Mark die Woche ein.

Jetzt wurde mit allem Eifer an die Brennereiarbeiter herangetreten. Sie leben unter den denkbar traurigsten Verhältnissen. Fast unbeschränkte Arbeitszeit bei Tag und bei Nacht, den ganzen Sonntag hindurch ohne Vergütung und das alles für 16—18 Mark Sonntag hindurch ohne Vergütung und das alles für 16—18 Mark in einem Geschäft bis 20 Mark. Dabei bei guter Organisation die besten Aussichten auf Erfolg. Es schien denn auch, als ob die Brennereiarbeiter zur Beharrung und zur Einheit kämen. Bei einer Demonstration, welche der Gauleiter abhielt, erklärten die Anwesenden, es möchte einmal etwas geschehen. Sie fllten die Aufmerksamkeit aus, hauptsächlich sämtliche Anwesenden der bekannten Defillade von dort. Sie wollten sie die paar Festenden des Jahres bewegen sollte einige Tage darauf wieder eine Demonstration stattfinden. Statt der erwarteten Brennereiarbeiter kam der Verband, sie mhten ganz auf die Sache verzichten. Werkwrdig! Sie wissen, daß ihnen geholfen werden kann; sie verzichten darauf. Sie haben sich offenbar schon so ans Hungern gewöhnt, daß sie sich davor fürchten, sich einmal satt essen zu können. Es gibt doch allerlei tolle Klagen auf der Welt, die nrriestesten sind aber doch die Hungerklagen. Die Flensburger Brennereiarbeiter werden sich organisieren, das ist gewiß, aber erst wollen sie noch eine Weile für ihre lieben „Veren“ hungern, damit diese um so jtter werden. Wenn der Hunger aber schließlich doch zu sehr nagt, dann werden sie sich dessen erinnern, daß ihnen geholfen werden kann, dann wird sich die so lange im Flüstern tappenden Wger mit offenen Armen empfangen.

Kälin. Der im Bericht in voriger Nummer benannte „Arbeitswille“, früher Wirt in Reichen, heißt Klaus, nicht Klaus.

